



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer jeckstündigen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 468. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 6. October 1880.

Nationalliberale und unabhängige Liberale.

Unser Berliner Correspondent schreibt: Als am 19. September in Hannover die große Parteiversammlung stattfand, welche über die Seceffion ihr Urtheil fällte, war es in hohem Grade auffällig, daß die Rede, welche der Abgeordnete Götting aus Hildesheim hielt, in den Berichten so außerordentlich kümmerlich behandelt wurde. Ein Versuch Göttings, das was er gesagt, durch eine Zuschrift an den „Hannoverschen Courier“ richtig zu stellen, scheiterte gleichfalls, denn dies Blatt verstümmelte seine Zuschrift, wie es seine Rede verstümmelt hatte. Nun giebt Götting in einem Hildesheimer Localblatt Auskunft über das, was er gesagt hat; er hat seine Genugthuung darüber ausgesprochen, daß das tactlose Vorgehen einiger Blätter, welche die hochachtbaren Männer, die die Seceffions-Erklärung unterschrieben, mit Schmutz bewarfen, in der Versammlung keine Nachahmung gefunden habe.

Ein anderer Abgeordneter Hannovers hat privatim die Erklärung abgegeben, daß er durchaus auf dem Standpunkt der Seceffionisten stehe. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Beratung der hannoverschen Kreisordnung wünsche er keine Spaltung der hannoverschen Abgeordneten; er würde aber trotzdem aus der Fraktion austreten, wenn dieselbe ein Tadelvotum gegen die Seceffionisten beschleße.

Diese beiden Vorgänge zeigen, wie falsch es ist, wenn man die hannoversche Versammlung als ein vernichtendes Gottesgericht über die Seceffionisten darstellt. Die Dinge liegen vielmehr so, und neuerdings haben Zusammenkünfte in Leipzig und Halle es bestätigt, daß von den in der Fraktion zurückgebliebenen ein sehr großer Theil sachlich durchaus auf dem seceffionistischen Standpunkt steht und nur zu dem formalen Act des Austritts den Muth nicht hat gewinnen können. Bei dem nächsten Anlaß, wo die nationalliberale Partei wieder solchen Fehlgriff begeht, wie die Annahme der kirchenpolitischen Vorlage, ist eine Fortpflanzung der Bewegung, zu welcher nun einmal der Anstoß gegeben worden, unvermeidlich. Die, welche meinen, mit dem Ausscheiden von 28 Mitgliedern sei die Sache beendigt, werden gründlich enttäuscht werden.

Im Anschluß an die Erörterungen dieses Correspondenten theilen wir mit, daß eine zahlreich aus der Stadt Königsberg und der Provinz Ostpreußen besuchte liberale Versammlung zu Königsberg in Preußen, an welcher auch frühere nationalliberale Reichstags- und Landtagsabgeordnete, die Herren Neumann-Posegnik, Köstel-Gerdauen und Siegfried Kirchnehn theilnahmen, nachdem die Abgeordneten Kieffke-Königsberg, Nicker und Witte-Rostock gesprochen, einstimmig folgende Resolution beschloffen hat:

Indem die Versammlung den Austritt der 28 Abgeordneten aus der nationalliberalen Partei als durch die veränderte Haltung der Regierung gerechtfertigt und als förderlich für die Interessen der liberalen Sache und des Vaterlandes erachtet, spricht sie den ausgeschiedenen Abgeordneten ihr fortdauerndes Vertrauen und zugleich die Hoffnung aus, daß sich aus der gegenwärtigen Bewegung eine große liberale Partei entwickeln möchte, in welcher alle wahrhaft liberalen und national gesinnten Elemente Platz finden.

Die „L. G.“ weist auf die Bedeutung hin, welche Ostpreußen, die Wiege der nationalen Bewegung von 1813, eins der Gebiete, in denen am frühesten und entschlossensten die Forderung einer constitutionellen Verfassung erhoben wurde, dessen Abgeordnete dann wieder gegen die Nichtachtung verfassungsmäßiger Rechte die Fraktion Jung-Eitthausen begründeten, für die freiheitliche und nationale Entwicklung gehabt hat. Jetzt, wo es gilt, dem Ansturm gegen die Reformgesetzgebung von 1866—71 auf allen Gebieten entgegenzutreten, wird dort die von 28 aus der nationalliberalen Partei Geschiedenen gegebene Loosung einmüthig auch von solchen, die innerhalb der nationalliberalen Partei weit rechts gestanden, aufgenommen: Einigkeit aller liberalen Elemente. Wird diese Mahnung befolgt, erkennen die Liberalen, daß die Unterschiede in der Auffassung einzelner Fragen vor der Nothwendigkeit in den Hintergrund treten müssen, unabhängig gegenüber der Regierung wie gegenüber Conservativen und Ultramontanen dazustehen, so kann der Erfolg auf die Dauer nicht ausbleiben. Der Reichskanzler, der, wenn auch schweren Herzens, die Bedingungen des modernen constitutionellen Staatsbaues anerkennt, würde sich einer liberalen Mehrheit gegenüber in die Nothwendigkeit fügen, in der inneren Politik liberalen Anschauungen zu folgen, wie er es bis zu einem gewissen Grade noch vor wenigen Jahren gethan. Eine liberale Mehrheit ist das Ziel, auf dessen Erreichung alle intelligenten und thatkräftigen Vertreter des deutschen Mittelstandes in Stadt und Land im Einverständnis mit den aus der nationalliberalen Partei Ausgetretenen hinarbeiten müssen. Nur so kann die seit 1877 auf den weißen Gebieten unterbrochene Entwicklung zur Freiheit und Einheit zu einem gedeihlichen Abschluß gelangen.

Deutschland.

Berlin, 5. October. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat den Ober-Landesgerichts-Rath Pasche in Posen in gleicher Amtseigenschaft an das Ober-Landesgericht in Breslau verlegt.

Berlin, 5. Oct. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend Mittag den Vortrag der 4. Armee-Inspection entgegen.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm] hat sich in Begleitung seines militärischen Begleiters, des Majors v. Liebenow, heute Mittag zu mehrtägigem Besuch nach Primkenau in Schlesien begeben.

Berlin, 5. Oct. [Bisthumsverweser Kibel beim Kaiser.] — Zur Einberufung des Bundesrathes. — Fürst Bismarck. — Prinz Heinrich.] Das Geschehen des badißchen Bisthumsverwesers Kibel bei den kaiserlichen Majestäten in Baden-Baden wird angesichts der obwaltenden Verhältnisse sehr lebhaft hier besprochen. Eine solche Begründung hat in früheren Jahren nicht stattgefunden, und man bringt daher den Vorgang mit der Kölner Dombauei in Verbindung. Die Frage, ob die römische Curie die Haltung des Centrums dem Dombauei gegenüber vollständig deckt, ist bekanntlich eine durchaus noch offene und bislang eben so häufig bejaht als be-

stritten worden. Man will nun den Kibel'schen Besuch in Baden-Baden im Sinne eines entgegenkommenden Schrittes der Curie auslegen. Wie weit das richtig ist, wird sich zu zeigen haben. Thatsächlich hat die sehr versöhnliche Stimmung der diesseitigen Regierung durch die Vorgänge auf der Versammlung zu Münster eine unverkennbare Beeinträchtigung erfahren. Die Versimmung gegen das Centrum ist auch in jenen Kreisen jetzt hervorgetreten, in welchen grade in der letzten Zeit die Hoffnung auf eine Beilegung des Culturkampfes am lautesten geäußert worden war. — Wenn an den Termin zur Berufung des Bundesrathes mit dem 20. d. M. die Vermuthung geknüpft worden, daß hierin ein Grund für die besondere Wichtigkeit der Arbeiten für den Reichstag zu erblicken wäre, so ist darauf hinzuweisen, daß die Bundesraths-Arbeiten in allen früheren Jahren dieselbe Zeit und mitunter sogar noch früher begonnen haben. Wie wir hören und auch früher bereits andeuten konnten, hat der Bundesrath theils noch erhebliches Material aus der letzten Session, theils aber auch eine Anzahl von Ausführungsbestimmungen abzuwickeln, welcher, auch abgesehen von den legislatorischen Arbeiten, seine volle Thätigkeit in Anspruch nehmen werden. — Die Annahme, daß der Reichskanzler sich an den einleitenden Arbeiten des Bundesrathes betheiligen werde, wird in allen unterrichteten Kreisen als völlig irrthümlich bezeichnet. — Es darf als sicher angenommen werden, daß der Kaiser den lebhaftesten Wunsch geäußert hat, den Fürsten Bismarck bei dem Dombauei in Köln anwesend zu sehen. Aus Kreisen, welche dem Fürsten nahe stehen, verlautete noch bis vor wenigen Tagen, der Fürst selber hege den Wunsch, nach Köln zu kommen; wenn jetzt nun das Gegentheil gemeldet wird, so wird die Befähigung doch noch abzuwarten sein, obgleich man weiß, daß der Fürst genöthigt ist, auf seinen schwankenden Gesundheitszustand Rücksicht zu nehmen. — Die Seceffions-Prüfung, welcher sich der Prinz Heinrich augenblicklich in Kiel zu unterziehen hat, geht morgen Nachmittag zu Ende. Prinz Heinrich trifft Donnerstag früh 6 Uhr hier ein und reist sofort nach Potsdam weiter. In den nächsten Tagen begiebt sich der Prinz zu den Majestäten nach Baden.

© Berlin, 5. October. [Die Frage der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Hamburg. — Befestigung des Oberpräsidiums in Schleswig-Holstein.] Officiös wird geschrieben: In Bezug auf die Frage des kleinen Belagerungszustandes für Leipzig und Hamburg wollen wir daran erinnern, daß bei den Beratungen über das Socialstengengesetz der Minister Graf Eulenburg hervorgehoben hat, daß allerdings auch außerhalb Berlins Herde der socialdemokratischen Bewegung in Deutschland vorhanden seien, in denen einmüthig die Verhältnisse sich so zuspitzen könnten, daß in der That keine andere Hilfe vorhanden sei, als die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes. Der Redner wies aber zugleich die Unterstellung zurück, als würde die preussische Regierung eventuell eine Pression auf eine verbündete Regierung ausüben; sie würde höchstens im Fall der Dringlichkeit diese Regierung aufmerksam machen, nicht aber im Sinne einer Pression, welche der preussischen Regierung bei ihrer Stellung innerhalb des Reichs durchaus fern liege. Neuerdings ist nun diese Frage in Folge des Verhaltens und der Beschlüsse der Socialdemokraten in der Züricher Versammlung und durch die dort ausgesprochenen Drohungen von Neuem angeregt worden; daß dabei eine Pression auf die bezüglichen Regierungen nicht geübt worden ist, haben schon anderweitige Nachrichten dargegan. — Ueber die Befestigung des Oberpräsidiums in Schleswig sind die Nachrichten jedenfalls voreilig; daß dabei auch der frühere Finanzminister Hübner in Betracht gekommen sei, ist jedenfalls irrthümlich.

♀ Berlin, 5. Octbr. [Die Kreisordnung für Hannover. — Das Project der Arbeiter-Versicherung. — Fordernde.] Heute war hier das Gerücht verbreitet, die hannoversche Kreisordnung werde nicht an den Landtag gelangen; Fürst Bismarck, der sich bisher um den Gang der Verwaltungsgesetzgebung wenig gekümmert, habe sich dieselbe angesehen und gefunden, daß sie zu liberal ist. Nach den Erkundigungen, die ich eingelesen habe, halte ich das Gerücht für unrichtig; aber es ist erfunden innerhalb der Grenzen des Wahrscheinlichen. Fürst Bismarck hat den Grafen Eulenburg in seiner gesetzgeberischen Thätigkeit bisher nicht gestört, aber beiden Willkürs der einzige unter den Ministern, welcher dem Fürsten Bismarck gegenüber eine selbstständige Meinung hat; die kleinen Minister haben längst dem entsagt, dem Fürsten gegenüber ihre eigenen Ziele und Meinungen zu verfolgen und sind freiwillig zu dem Range von Staatssecrätären herabgesunken. Graf Eulenburg hat einen bestimmten Plan und verfährt nach demselben; obwohl ein streng conservativer Mann, ist er doch von der Nothwendigkeit durchdrungen, die Verwaltungsreform durchzuführen und setzt seinen Ehrgeiz darein, dazu mitzujelfen. Sein Vetter, Graf Friedrich Eulenburg, wurde mitten in der besten Arbeit unterbrochen; man muß abwarten, ob es dem gegenwärtigen Minister besser ergehen wird. — Ueber den Plan der Arbeiterversicherung hört man noch nichts Neues. Ein hiesiger Großindustrieller fragte mich kürzlich, ob ich schon gehört habe, daß den Arbeitern eine Altersversicherung gewährt werden soll, ohne daß sie selbst einen Pfennig zu den Prämien beizutragen haben. Ich fasse die Frage nur als einen Beleg dafür auf, was man sich schon gewöhnt hat, als möglich in das Auge zu fassen. Ich für mein Theil hätte mich sehr wohl irgend etwas als schlechthin unmöglich zu bezeichnen. Ich war noch vor zwei Jahren fest überzeugt, daß es absolut unmöglich sei, in Deutschland jemals an die Einführung von Kornzöllen zu denken, und habe mich inzwischen eines Besseren überzeugt. — Oberbürgermeister von Fordernde hat von der Stadt Köln eine Einladung zum Dombauei erhalten und wird voraussichtlich bei dem Oberbürgermeister Becker wohnen.

[Der Posten des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein.] Der „Köln. Zig.“ schreibt man aus Berlin: Die Nachricht, daß der Graf von Ranzau, der Schwiegerohn des Reichskanzlers, zum Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein aussersehen sei, ist unrichtig und wahrscheinlich aus einer Verwechslung mit dem dortigen Landtagsvorsitzenden, Grafen Ranzau, entstanden, von welchem in Schleswig-Holstein gewünscht wurde, daß er die erledigte Oberpräsidentenstelle erhalte.

[Vertrauens-Rundgebung für Fordernde.] Dem Abgeordneten von Fordernde ist aus Lemathe im Wahlkreis Altona-Fischerlohn eine warme Zustimmungserklärung zugegangen.

[Die Angelegenheit des Arnim'schen Strafausschusses.] Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, hat Graf Harry Arnim sich auch bei der Abweisung seines Gesuches um Strafausschub durch das Berliner Landgericht nicht beruhigt. Dasselbe hatte die ablehnende Entscheidung hauptsächlich damit motivirt, daß der schlimme körperliche Zustand des Grafen, um glaubhaft nachgewiesen zu erscheinen, nicht von Privatärzten, sondern von Berliner Gerichtsärzten bezeugt sein müßte. In Folge dessen hat Graf Arnim sich von dem Gerichtsärzte Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Liman neuerdings im Auslande untersuchen lassen und dessen mit den früheren ähnlichen Gutachten übereinstimmendes Attest, wonach eine Gefangenhaltung in dem vorliegenden Falle lebensgefährlich wäre, dem Staatsanwalt mit einem neuen Antrag auf Ausschub der Strafvollstreckung übersenden lassen.

Barmen-Elberfeld, 3. Octbr. [Zweiter Rheinisch-Westfälischer Parteitag der deutschen Fortschrittspartei.] Der diesjährige Parteitag der deutschen Fortschrittspartei Rheinlands und Westfalens begann heute mit einer Delegirten-Versammlung. Die Verhandlungen wurden von dem Stadtverordneten H. Kayser (Elberfeld) geleitet. In das Bureau wurden gewählt: Dr. Witte (Barmen), Rechtsanwalt Lindenschmidt (Elberfeld) zu Schriftführern; Kaufmann Julius Junke (Sagen), Justizrath May (Börde), Kaufmann J. Kister (Köln), Oberlehrer Neunier (Venney), Fabrikant Luffermann (Barmen), F. Brodhauß (Remscheid) und Rechtsanwalt Venmann (Lüdenscheid) zu Beisitzern.

Anwesend waren ca. 70 Delegirte. Folgende Resolutionen fanden fast durchweg einstimmig Annahme:

1) Die deutsche Fortschrittspartei von Rheinland-Westfalen billigt vollständig die feierliche Haltung der Reichstags- und Landtags-Abgeordneten der Fortschrittspartei, insbesondere ihre Wirksamkeit in standhafter Vertheidigung unserer freiheitlichen Ergründungen und kräftiger Abwehr der immer offener hervortretenden Bestrebungen der Reaction, sie vertraut fest, daß die fortschrittlichen Abgeordneten auf dem bisherigen Wege beharren, die auf dem Gebiete der öffentlichen Freiheit mühsam errungenen Güter wahren und einer kräftigen Entwicklung entgegenzuführen werden.

2) Die deutsche Fortschrittspartei von Rheinland-Westfalen erachtet es für ihre wichtigste Aufgabe, bei den nächsten Reichstagswahlen dahin zu wirken, daß Männer gewählt werden, welche den festen Willen haben, der richtigeren Bewegung kräftigen Widerstand entgegenzustellen, der fortgesetzten Steigerung der Militärlasten und der Vermehrung der Steuern, insbesondere auch der weiteren Belastung der Tabakindustrie und des Brauereigewerbes Einhalt zu thun, auf Erleichterung der Rechtspflege durch Ermäßigung der Processkosten hinzuwirken und dafür wirken wollen, daß der gesammten Geschäftswelt wieder Ruhe und Sicherheit gegen die unablässig auftauchenden Projecte von Monopolen, Steuern und anderen wirtschaftlichen Umgestaltungen zurückgegeben werde.

3) Die Fortschrittspartei von Rheinland-Westfalen tritt denjenigen Bestrebungen entschieden entgegen, durch welche die Steuerlast mittelst neuer Verbrauchsabgaben und Zölle unter Vertheuerung der Lebensmittel vorwiegend zum Nachtheil der ärmeren Klasse verschoben, und dem Arbeiter, Handwerker und kleineren Landwirth durch Zwangsvereinigungen aller Art, durch Wiederherstellung zünftlicher Beschränkungen, Einschränkung der Wechselbarkeit etc. das gleiche Recht mit dem Großbetrieb verkleinert und die wirtschaftliche und politische Freiheit beeinträchtigt wird.

4) Der von dem Handelsminister Fürsten Bismarck in Aussicht genommene volkswirtschaftliche Senat erscheint dem rheinisch-westfälischen Parteitage der deutschen Fortschrittspartei als eine ebenso überflüssige, wie einseitige Interessentvertretung der Unternehmer, geeignet vorzugsweise die Sonderinteressen des Großbetriebs und des Großgrundbesitzes zur Geltung zu bringen und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers dem Reichstage gegenüber noch weiter abzuschwächen.

5) Um diese Ziele zu erreichen, ist dahin zu wirken, daß in den verschiedenen Orten Rheinlands und Westfalens, wo bereits Vereine der deutschen Fortschrittspartei bestehen, auf Vermehrung der Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Kreisen fest Bedacht genommen, und an Orten, wo Vereine noch nicht bestehen, nach Möglichkeit die Errichtung solcher angestrebt werde. Die Bezeichnung der Vereine als liberal gestaltet gegenwärtig mehr als je den verschiedenartigsten und geradezu entgegengesetzten Richtungen die Aufnahme; es empfiehlt sich deshalb im Interesse der Sammlung zuverlässiger Parteigenossen und des engeren Anschlusses an die parlamentarische Partei die Bildung von Vereinen der Fortschrittspartei auch dort, wo liberale Vereine bestehen und in Vereinen der Fortschrittspartei nicht umgewandelt werden können.

Die Nachmittags 3 Uhr auf dem Johannesberge stattfindende öffentliche Parteiversammlung war aus allen Theilen der beiden Provinzen besetzt; die Zahl der Anwesenden wird mit 2000 nicht zu hoch veranschlagt sein. Nach Bildung des Bureaus und der Begrüßung der Versammlung hielt Eugen Richter eine längere, mit großem Beifall ausgenommene Rede, worin er die allgemeine politische Lage, die Stellung der Parteien und die neuen Steuerprojecte besprach.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 4. Octbr. [Belagerungszustand in Leipzig. — Petition um Wiederaufhebung der Civilehe. — Handelskammerwahlen. — Der „Sächsische Volksfreund“ über den Volkswirtschaftsrath.] Das „Leipziger Tageblatt“ erinnert angesichts der in officiösen Blättern gebrachten Andeutungen über die Absicht der Regierung von Preußen, die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Leipzig beim Bundesrathe zu beantragen, an das Eingeständniß Graf Eulenburgs im Reichstage, daß diese Maßregel schon einmal Gegenstand der Erwägung gewesen sei, und erklärt die Angabe für durchaus nicht unwahrscheinlich, da der Nachweis, daß die Fäden der socialdemokratischen Agitation und Organisation im Zusammenhang mit den jüngsten Beschlüssen der socialistischen Führer leicht Anlaß dazu geben könnte, weil dann die Ausweitung der socialdemokratischen Agitatoren aus Leipzig in die Hand der Behörde gelegt würde. — Der bekannte orthodox-reactionäre Heißsporn Kammerherr von Friesen auf Kötha hat bei der sächsischen resp. Diöcesan-Conferenz den Antrag eingebracht, bei der sächsischen resp. deutschen Reichsregierung dahin zu wirken, daß die rechtliche Anerkennung der Eheschließung wiederum von der kirchlichen Trauung abhängig gemacht werde, und die Beurkundung des Personenstandes gleichfalls wieder nach den früher gültigen Gesetzen und Bestimmungen durch die Kirchenbücher erfolge. Die tiefse Erschütterung kirchlichen Sinnes und kirchlicher Sitte, die Schädigung des Rechts der Kirche auf Schließung der Ehen, die von der wachsenden Zahl der nicht Getrauten und der Ungetauften der gesammten christlichen Kirchenordnung drohenden Gefahren, die Herabsetzung des Ansehens der Kirche und ihrer Diener und die Hemmung und Beeinträchtigung des sittlichen Einflusses der letzteren in ihrer Pflichterfüllung gegenüber den Gemeindegliedern werden als Motive angegeben. — Die Handelskammerwahlen haben diesmal fast allgemein unter sehr geringer Theilnahme der Wähler stattgefunden. In vielen Orten hat die Zahl der zur Wahl erschienenen Urwähler die der zu wählenden Wahlmänner kaum überstiegen und ein halbes Duzend noch nicht erreicht. Diese Gleichgültigkeit ist die natürliche Folge der Mißachtung, welche die Reichsregierung und der Reichstag den Gutachten

Table with 2 columns: Bond and Gold-Courses, and 2 columns: Wechsel-Courses. Includes entries like 'Fonds- und Gold-Courses' and 'Amsterdam 100 Fl.'.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Stamm-Aktion, and 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Lists various railway companies and their share prices.

Table with 2 columns: Hypothek-Certifikate, and 2 columns: Ausländische Fonds. Lists mortgage certificates and foreign funds.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and 2 columns: Bank-Papiere. Lists railway priority shares and bank papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Lists railway priority shares.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Lists railway priority shares.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Lists railway priority shares.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Lists railway priority shares.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Lists railway priority shares.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Lists railway priority shares.

General Beschäftigung, dem Negotier Bischof, dem Commandanten des Artilleriecorps und den Spitzen der Behörden begrüßt. Bei seiner Ankunft wurden 21 Salutgeschüsse abgegeben.

Bericht über den Tod von General von Wartenburg, dem Negotier Bischof, dem Commandanten des Artilleriecorps und den Spitzen der Behörden begrüßt. Bei seiner Ankunft wurden 21 Salutgeschüsse abgegeben.

Wetterbericht: Dresden, 6. Octbr., 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Wetterbericht: Dresden, 6. Octbr., 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Table with 4 columns: Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau. Columns include date, time, and various weather measurements.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau. Text describing the observations.

Telegraphische Depeschen. Wien, 5. Octbr. Der Wiener Gemeinderath nahm den Antrag des Clubs der Linken an.

Telegraphische Depeschen. Wien, 5. Octbr. Der Wiener Gemeinderath nahm den Antrag des Clubs der Linken an.

Patent-Ertheilungen. Neuerungen an Rädern für Eisenbahnfahrzeuge: F. Stähgen und W. Schmitzler in Wetzlar.

Patent-Ertheilungen. Neuerungen an Rädern für Eisenbahnfahrzeuge: F. Stähgen und W. Schmitzler in Wetzlar.

Advertisement for 'Liebichs-Höhe' featuring 'Shoddy- u. Mungo-Fabrik' and 'Stabliement'.